

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Stadtverband Leipzig

**Titel:** **Der Weg ist frei – Jetzt Verbot der  
Zweckentfremdung von Wohnraum durch  
Airbnb & Co. einführen**

---

## Votum der Antragskommission

Konsens

## Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Deutschland- und europaweit ist die Wohnungsnot in Großstädten und  
3 Ballungsräumen eines der drängendsten Probleme. Auch in Dresden und Leipzig  
4 haben mehr und mehr Menschen mit steigenden Mietpreisen, Gentrifizierung und  
5 Verdrängung zu kämpfen.

6 Das Problem wird dadurch verstärkt, dass nicht alle vorhandenen Wohnungen auf  
7 dem Wohnungsmarkt zugänglich sind. Nach einer aktuell von der Stadt vorgelegten  
8 Studie werden in Leipzig mindestens 600 Wohnungen – vor allem im Bezirk Mitte  
9 und Nahe des Cospudener Sees- durch Kurzzeitvermietung dauerhaft dem  
10 Wohnungsmarkt entzogen. Diese werden stattdessen an Reisende vermietet, die aus  
11 beruflichen oder touristischen Gründen in der Stadt sind. Diese Vermietung  
12 erfolgt zumeist über bekannte Portale wie AirBnB.

13 Für die Vermieter\*innen einer Wohnung mag AirBnB ein gutes Geschäft sein, für  
14 die Menschen in den Mietshäusern nicht. Ständig wechselnde Nachbar\*innen und  
15 über längere Zeit leerstehende Wohnungen sind für Anwohner\*innen kein angenehmes

16 Wohnumfeld. Wohnungssuchende haben in ihrem Wunschstadtteil weniger Auswahl,  
17 obwohl sie vielleicht dauerhaft in eine der stattdessen nur zeitweise  
18 vermieteten Wohnungen ziehen könnten.

19 Zudem leidet die Hotellerie- und Gastwirtschaft unter den ausbleibenden  
20 Übernachtungsgästen. Diese braucht die durch die Pandemie ohnehin angeschlagene  
21 Branche dringend.

22 Auch Staat, Stadt und soziale Sicherungssysteme geraten in Mitleidenschaft, denn  
23 wenn Einnahmen in der Hotellerie- und Gastwirtschaft webbrechen, sinken  
24 Steueraufkommen, sowie durch die sinkende Beschäftigung auch Einnahmen der  
25 Sozialversicherungen. Die negativen Folgen wiederum muss vor allem die  
26 öffentliche Hand tragen.

27 Aus diesen angeführten Gründen fordern wir:

28 Das Land Sachsen soll dringend ein Zweckentfremdungsverbot auf den Weg bringen,  
29 welches die dauerhafte Zweckentfremdung von Wohnraum für touristische Zwecke  
30 wirksam unterbindet und den Kommunen Sanktionen ermöglicht.

31 Das Land Sachsen soll sich auf eine entsprechende Regelung vorbereiten, einen  
32 Vorschlag zu einer lokalen Ordnung erarbeiten und ein Prozedere für eine  
33 Genehmigungspflicht dieser Vermietungen zu entwickeln.

## **Begründung**

34 Am 23.09.2020 erließ der Europäische Gerichtshof ein Urteil, welches es Kommunen  
35 und Ländern erleichtern wird, gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Im Urteil heißt  
36 es, dass die Bekämpfung des Mietwohnungsmangels ein zwingender Grund des  
37 Allgemeininteresses ist, welcher es örtlichen Behörden erlaubt, Genehmigungen  
38 für Wohnungsanbieter wie AirBnB von örtlichen Gegebenheiten abhängig zu machen  
39 und die Anbieter ggf. dazu zu verpflichten, als Ausgleich für ihre temporär  
40 vermieteten Wohnungen anders genutzten Raum dauerhaft in Wohnraum umzuwandeln.

41 Im Koalitionsvertrag von CDU, Grünen und SPD steht: „Wir wollen es den Kommunen  
42 ermöglichen, bei Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt geeignete  
43 Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen Möglichkeiten regionaler und temporärer  
44 Instrumente wie die Mietpreisbremse, Kappungsgrenzen sowie Zweckentfremdungs-  
45 und Umnutzungsverbote.“

46 Der Stadtrat von Leipzig hat auf Antrag der SPD-Fraktion vom 20.06.2018 zudem

47 beschlossen, dass „der Oberbürgermeister sich bei der sächsischen  
48 Staatsregierung für eine Zweckentfremdungsverbotsverordnung einsetzt und dabei  
49 darauf hin wirkt, dass die Kommunen auch Eingriffsmöglichkeiten bekommen, wenn  
50 vermietbarer Wohnraum lange Zeit leer steht und nicht vermietet wird.“ (Vorlage  
51 VI – A – 05427)